

Inhalt

■ Ausschreibungen.....	5
COSME: Aufgaben der Sozialwirtschaft.....	5
EU Freiwilligeninitiative für humanitäre Hilfe	5
Europäischer Katastrophenschutz-Mechanismus – Netzwerk-Partnerschaften.....	6
Pilotprojekte und vorbereitende Aktionen: Kinderrechte und Schutzmechanismen im Online-Bereich	7
ERASMUS+ - „Europäische Jugend vereint“ 2020	8
Mikrofinanzierung und soziales Unternehmertum – Betriebskostenzuschüsse 2021	8
REC-Programm: Rahmenpartnerschaften im Bereich Behinderung 2020.....	9
Fonds für innere Sicherheit: Bekämpfung des Schmuggels von Migrant*innen.....	10
■ Öffentliche Konsultationen	11
Anpassung an den Klimawandel	11
■ EU-Politik.....	12
Neue Europäische Bürgerinitiativen registriert	12
Internationaler Tag gegen Homophobie.....	12
Initiative Innovative Arzneimittel: 117 Mio. Euro für die Entwicklung von Therapie- und Diagnosemöglichkeiten.....	13
Leitlinien zur humanitären Hilfe für Syrien	13
Plattform „Fit for Future“ gestartet.....	14

Coronavirus-Krise: EU errichtet humanitäre Luftbrücke	14
Coronavirus: Beschränkung von nicht unbedingt notwendigen Reisen in die EU	15
Coronavirus: Schutzmasken zur Unterstützung des Gesundheitspersonals in der EU	16
EU-Kommission veranstaltet virtuellen Europatag ...	16
Westbalkan: EU bekräftigt europäische Perspektive	17
Leitfaden zur Anerkennung der beruflichen Qualifikation von Gesundheitspersonal.....	17
Deutsche Projekte mit europäischem Kulturerbepreis 2020 ausgezeichnet	18
Frühjahrsprognose 2020: Tiefe und ungleichmäßige Rezession, ungewisse Erholung	18
Beitrag von Migrant*innen zur wirtschaftlichen Erholung nach der Coronakrise.....	19
22 Schulen mit dem Jan-Amos-Comenius-Preis ausgezeichnet	19
Coronavirus: 7,4 Mrd. Euro für universellen Zugang zu Impfstoffen mobilisiert.....	20
Kommission startet neue Online-Plattform für Kreativbranche.....	20
EUvsVirus Hackathon.....	20
10 Jahre Charta der Vielfalt.....	21
Kommission genehmigt Rahmenregelung Deutschlands in Bezug auf coronavirusrelevante Produkte	22
Coronakrise: EU-Leitlinien für eine sichere Rückkehr an den Arbeitsplatz.....	22
Verordnung über Medizinprodukte.....	22
Pilotprojekt zur Entwicklung von Kompetenzen und Bildung in Europa.....	23



EU unterstützt Mitgliedstaaten bei Auswirkungen der Pandemie auf den Sportsektor	24
Globaler Bericht über Ernährungskrisen	24
Migrant*innen auf griechischen Inseln.....	25
Coronavirus: Leitlinien zur Umsetzung der EU-Vorschriften für Asyl, Rückkehrverfahren und Neuansiedlung	25
Europäische Union bleibt auch 2019 weltweit größter Geber öffentlicher Entwicklungshilfe.....	26
Coronavirus: Datenschutzstandards von Mobil-Apps	26
■ Veranstaltungen.....	28
EuroPeer Online TrainingÜberschrift	28

Impressum

Der EUFIS-Newsletter ist ein Gemeinschaftsprodukt der Bank für Sozialwirtschaft AG, Konrad-Adenauer-Ufer 85, 50668 Köln und des Deutschen Paritätischen Wohlfahrtsverbands - Gesamtverband e. V., Oranienburgerstraße 13-14, D-10178 Berlin.

Redaktion:

Für die Bank für Sozialwirtschaft:

BFS Europabüro, Rue de Pascale 4-6, B-1040 Brüssel,

Tel. +32 2230 3922, Fax + 32 2280 2778

E-Mail h.braem@sozialbank.de, Internet www.sozialbank.de

Für den Deutschen Paritätischen Wohlfahrtsverband - Gesamtverband e. V:

Dr. Joachim Rock und Tilo Liewald, Tel. +49 30 24636 303,

E-Mail: europa@paritaet.org.

Kopieren, veröffentlichen, verändern oder sonstige Verwertungen (auch auszugsweise) sowie die Weitergabe der von der Bank für Sozialwirtschaft gelieferten Inhalte außerhalb der Gliederungen und Mitglieder des Deutschen Paritätischen Wohlfahrtsverbands – Gesamtverband e. V. sind nicht gestattet. Abweichende Regelungen sind nur mit Zustimmung der Bank für Sozialwirtschaft möglich. Das Urheberrecht ist zu beachten. Die Herausgeber übernehmen keine Haftung für Verzögerungen, Irrtümer oder Unterlassungen.

Der EUFIS-Newsletter erscheint in der Regel in zwölf Ausgaben pro Jahr. Redaktionsschluss der Ausgabe Mai 2020 ist der 15.05.2020.

■ Ausschreibungen

COSME: Aufgaben der Sozialwirtschaft

Im Rahmen des Programms für Wettbewerbsfähigkeit von Unternehmen und für kleine- und mittlere Unternehmen (COSME) hat die Europäische Kommission einen Aufruf zum Thema „Aufgaben der Sozialwirtschaft“ veröffentlicht. Die Einreichfrist endet am **09.06.2020**.

Die Aufforderung zur Einreichung von Vorschlägen wird den Austausch bewährter Verfahren und das gegenseitige Lernen zu verschiedenen Aspekten der Sozialwirtschaft und zu gemeinsamen Prioritäten der Sozialwirtschaft auf interregionaler Ebene unterstützen.

Neben anderen wichtigen Herausforderungen bietet der Aufruf interessierten regionalen/lokalen Behörden und Akteur*innen der Sozialwirtschaft die Möglichkeit, im Rahmen der Mission „Aufbau widerstandsfähiger regionaler/lokaler Ökosysteme“ Wissen und bewährte Verfahren im Kampf gegen die aktuelle COVID-19-Krise auszutauschen.

Zusätzlich zu den in der Aufforderung vorgeschlagenen sozialwirtschaftlichen Aufgaben können Antragsteller ihre eigene „sozialwirtschaftliche Mission“ vorschlagen, die die gemeinsamen sozialwirtschaftlichen Herausforderungen/Prioritäten der Partner widerspiegelt. Nicht zuletzt wird der Aufruf zum weiteren Aufbau einer sozialwirtschaftlichen Gemeinschaft beitragen.

Die Konsortialpartner müssen regionale oder lokale öffentliche Verwaltungen (wie Gemeinde, Stadt, Region usw.) sein.

Insgesamt stehen ca. 1,5 Mio. Euro für diesen Aufruf zur Verfügung.

Weitere Informationen finden Sie [hier](#).

EU Freiwilligeninitiative für humanitäre Hilfe

Die Exekutivagentur Bildung, Audiovisuelles und Kultur hat eine Aufforderung zur Einreichung von Vorschlägen für die EU Freiwilligeninitiative für humanitäre Hilfe veröffentlicht. Der Aufruf betrifft die Entsendung von EU-Freiwilligen für humanitäre Hilfe, einschließlich optionaler Praktika und Verwaltung von Möglichkeiten für Online-Volunteering. Die Einreichfrist endet am **01.07.2020**.

Die im Rahmen dieser Aufforderung geförderten Aktivitäten müssen Folgendes einschließen:

- Auswahl, Vorbereitung und Entsendung neuer oder erfahrener EU-Freiwilligen für humanitäre Hilfe zu Projekten der humanitären Hilfe im Bereich Katastrophenbereitschaft, Reduzierung des Katastrophenrisikos und Verknüpfung von Soforthilfe, Rehabilitation und Entwicklung in gefährdeten oder von Katastrophen bereits betroffenen Bevölkerungsgruppen in Drittländern;
- Kommunikationsmaßnahmen gemäß des Kommunikationsplans der EU-Freiwilligeninitiative für humanitäre Hilfe.

Vor Einreichung eines elektronischen Antrags müssen alle Mitglieder des Konsortiums, die als Entsende- und Aufnahmeorganisationen für Freiwillige tätig sind, einschließlich verbundener Einrichtungen, die eine rechtliche oder finanzielle Verbindung mit zertifizierten Entsendeorganisationen aufweisen, spätestens bis zum **11.06.2020** gemäß der EU Freiwilligeninitiative für humanitäre Hilfe zertifiziert sein oder eine Zertifizierung beantragt haben.

Insgesamt stehen für den Aufruf 13,5 Mio. Euro zur Verfügung.

Weitere Informationen: https://eacea.ec.europa.eu/eu-aid-volunteers/funding/eu-aid-volunteers-deployment-2020_en

Europäischer Katastrophenschutz-Mechanismus – Netzwerk-Partnerschaften

Im Rahmen des “Katastrophenschutz-Mechanismus der Union“ (Union Civil Protection Mechanism - UCPM) hat die Europäische Union einen Aufruf im Bereich Netzwerk-Partnerschaften ausgeschrieben. Die Einreichfrist endet am **16.06.2020**.

Die Aufforderung zielt darauf ab, die Rolle des Wissensnetzwerks für den Katastrophenschutz der Union als integrative Plattform für gemeinsames Wissen und Know-how, bewährte Verfahren und Vernetzung zu stärken, um ein gemeinsames Verständnis und eine gemeinsame Kultur der Prävention, Bereitschaft und Reaktion bei Katastrophenschutz und Katastrophen-Risikomanagement in der EU und der weiteren Nachbarschaft zu schaffen.

Spezifische Ziele des Aufrufs:

- Ziel 1: Unterstützung von Akteur*innen des Katastrophenschutzes und des Katastrophenrisikomanagements, die die Entwicklung, Verbreitung und den Austausch von Wissen, bewährten Praktiken und Fachwissen fördern und erleichtern.
- Ziel 2: Unterstützung neuer und konsolidierter bestehender Partnerschaften im Bereich Katastrophenschutz und Katastrophenrisikomanagement, die die Zusammenarbeit und Synergien bei Prävention, Vorsorge und Reaktion verbessern.

Für diesen Aufruf stehen 500 000 Euro zur Verfügung.

Weitere Informationen finden Sie [hier](#).

Pilotprojekte und vorbereitende Aktionen: Kinderrechte und Schutzmechanismen im Online-Bereich

Im Rahmen der Pilotprojekte und vorbereitenden Maßnahmen (PPPA) hat die Europäische Kommission einen Aufruf zum Thema „Entwurf und Erprobung einer Infrastruktur für die Implementierung von Kinderrechten und Schutzmechanismen im Online-Bereich“ veröffentlicht. Die Einreichfrist endet am **15.07.2020**.

Ziel des vorgeschlagenen Pilotprojekts ist es, eine interoperable technische Infrastruktur für die Implementierung von Kinderschutzmechanismen (z. B. Altersüberprüfung) und Einwilligungsmechanismen für Eltern auf der Grundlage einschlägiger EU-Rechtsvorschriften aufzuzeigen. Technische Maßnahmen werden auf der Verwendung elektronischer Identifikationsmittel (eID) beruhen.

Das Pilotprojekt soll:

- eine umfassende Kartierung der vorhandenen Methoden zur Altersüberprüfung und Einholung der Zustimmung der Eltern durchführen;
- auf Grundlage der von der Kommission bewerteten Kartierung eine interoperable Infrastruktur für den Online-Schutz von Kindern entwerfen, implementieren und testen.

Insgesamt stehen für diesen Aufruf 1,48 Mio. Euro zur Verfügung.

Weitere Informationen finden Sie [hier](#).

ERASMUS+ - „Europäische Jugend vereint“ 2020

Die Europäische Kommission hat im Rahmen des Programms ERASMUS+ eine Aufforderung zur Einreichung von Vorschlägen für die Aktion „Europäische Jugend vereint“ 2020 veröffentlicht. Die Einreichfrist endet am **28.07.2020**.

„Die europäische Jugend vereint“ ist eine Aktion im Arbeitsprogramm Erasmus + 2019 und zielt darauf ab, Netzwerke zur Förderung regionaler Partnerschaften zu schaffen und in enger Zusammenarbeit mit jungen Menschen aus ganz Europa zu betreiben. Die Prioritäten sind aktive Bürgerschaft, Netzwerkbildung, Europäische Werte und Europäische Staatsbürgerschaft, Demokratische Teilhabe und soziale Eingliederung junger Menschen.

In der COVID-19-Pandemie sind viele junge Menschen von ihren Altersgenossen und den normalen täglichen Aktivitäten abgekoppelt und gleichzeitig mit Unsicherheiten bei Berufsaussichten, sozialem Leben und in der Freizeit konfrontiert. Mit dem Aufruf will die Kommission den Jugendsektor dabei unterstützen, jungen Menschen in dieser Krisenzeit eine Perspektive zu geben.

Der Aufruf richtet sich an Jugend-Nichtregierungsorganisationen, die Projekte vorschlagen wollen, an denen mindestens fünf Partner in fünf verschiedenen Ländern beteiligt sind und die junge Menschen in Partnerschaften in allen Erasmus+-Programmländern mobilisieren können.

Insgesamt mit ca. 5 Mio. Euro wird die Initiative europaweite Netzwerke von Jugendorganisationen unterstützen.

Weitere Informationen:

https://ec.europa.eu/germany/news/20200512-erasmus-europaweite-netzwerke_de und [hier](#).

Mikrofinanzierung und soziales Unternehmertum – Betriebskostenzuschüsse 2021

Die Europäische Kommission hat im Rahmen des Programms "Mikrofinanzierung und soziales Unternehmertum" eine Ausschreibung zur Beantragung der Betriebskostenzuschüsse 2021 veröffentlicht.

Mikrofinanzierung und soziales Unternehmertum" ist eines der Unterprogramme des Programms für Beschäftigung und soziale Innovation 2014-2020 (EaSI).

Die Einreichfrist endet am **24.08.2020**.

Die Aufforderung zur Einreichung von Vorschlägen zielt darauf ab, den europäischen Netzen spezifische Betriebskostenzuschüsse für das Jahr 2021 zu gewähren, die mit der Europäischen Kommission eine *Rahmenvereinbarung über Partnerschaftsvereinbarungen 2018-2021* unterzeichnet haben.

Im Bereich 1 müssen die Antragsteller sich thematisch mit der Förderung der sozialen Inklusion und dem Abbau von Armut befassen. Im Bereich 2 müssen die Antragsteller sich thematisch mit der Angebots- und Nachfrageseite der Mikrofinanzmärkte oder der Finanzmärkte für soziale Unternehmen befassen.

Das vorgeschlagene Arbeitsprogramm 2021 muss mit dem Rahmenpartnerschaftsabkommen kohärent sein. Für den Bereich 1 stehen für das Jahr 2020 insgesamt 10,5 Mio. Euro, für den Bereich 2 insgesamt 1,6 Mio. Euro zur Verfügung.

Weitere Informationen:

<https://ec.europa.eu/social/main.jsp?catId=629&langId=en&callId=599&furtherCalls=yes>

REC-Programm: Rahmenpartnerschaften im Bereich Behinderung 2020

Im Rahmen des Rechte, Gleichstellungs- und Unionsbürgerschaftsprogramms (REC) hat die Europäische Kommission eine Aufforderung zur Einreichung von Vorschlägen für Betriebskostenzuschüsse für Rahmenpartnerschaften im Bereich Behinderung veröffentlicht.

Die Einreichfrist endet am **24.08.2020**.

Die Aufforderung zur Einreichung von Vorschlägen zielt darauf ab, den europäischen Netzen spezifische Betriebskostenzuschüsse für das Jahr 2021 zu gewähren, die mit der Europäischen Kommission eine *Rahmenvereinbarung über Partnerschaftsvereinbarungen 2018-2021* unterzeichnet haben.

Mit den vierjährigen Rahmen-Partnerschaftsabkommen wurde eine Zusammenarbeit zwischen der Europäischen Kommission und europäischen Netzwerken vereinbart, deren gesetzliches Ziel die Förderung und der Schutz der Rechte von Menschen mit Behinderungen ist.

Die spezifischen Betriebskostenzuschüsse werden die Kapazitäten der Netze verbessern, um aktiv zur Entwicklung und Umsetzung aller relevanten Politikbereiche beizutragen. Die Finanzhilfen dienen zur Finanzierung der Betriebskosten und der Aktivitäten der Netze, die einen EU - Mehrwert und - Nutzen haben die zur Umsetzung der Ziele des REC-Programms für das Jahr 2021 beitragen.

Insgesamt sollen ca. 3,1 Mio. Euro für sieben Projekte zur Verfügung stehen.

Weitere Informationen:

<https://ec.europa.eu/social/main.jsp?catId=629&langId=en&callId=600&furtherCalls=yes>

Fonds für innere Sicherheit: Bekämpfung des Schmuggels von Migrant*innen

Im Rahmen des Fonds für innere Sicherheit (Polizei) hat die Europäische Kommission eine Ausschreibung zu gemeinsamen operationellen Partnerschaften mit den zuständigen Behörden von Drittländern zur Verhütung und Bekämpfung des Schmuggels von Migrant*innen veröffentlicht. Die Einreichfrist endet am **27.08.2020**.

Ziel des Aufrufs sind Aktivitäten zur verstärkten Prävention und Bekämpfung des Schmuggels von Migrant*innen und des Menschenhandels. Zu diesem Zweck soll die Einrichtung gemeinsamer operativer Partnerschaften (COP), die eine strukturierte Zusammenarbeit zwischen den zuständigen Strafverfolgungsbehörden, Justizbehörden und anderen relevanten Diensten der teilnehmenden EU-Mitgliedstaaten und Drittländer ermöglichen, unterstützt werden.

Bewerben können sich Institutionen der öffentlichen Verwaltung oder juristische Personen, die ein Mandat der zuständigen Behörde erhalten. Insgesamt stehen für den Aufruf 3 Mio. Euro zur Verfügung.

Weitere Informationen finden Sie [hier](#).

■ Öffentliche Konsultationen

Anpassung an den Klimawandel

Im Rahmen des Europäischen Green Deals wird die EU-Kommission Anfang 2021 eine neue, ambitioniertere EU-Strategie zur Anpassung an den Klimawandel vorlegen. Dazu hat sie eine Konsultation eröffnet und bittet Bürger*innen und die Zivilgesellschaft, Unternehmen, Nichtregierungsorganisationen und Hochschulen sowie nationale, regionale und lokale Behörden ihre Beiträge bis zum **20.08.2020** einzureichen.

Die Auswirkungen des Klimawandels sind bereits überall in Europa spürbar, und ihre Intensität und Häufigkeit dürfte künftig weiter zunehmen. Wenn keine drastischen Maßnahmen zur Emissionsminderung getroffen werden, steigt mit fortschreitendem Klimawandel die Wahrscheinlichkeit schwerwiegender, weitreichender und irreversibler Folgen (Zusammenbruch natürlicher Ökosysteme, Erosion der weltweiten Ernährungssicherheit oder Vertreibung von Menschen).

Vor diesem Hintergrund ist es wichtig, zu der neuen Strategie die Meinungen eines breiten Spektrums von Interessenträgern einzuholen, die bei der Politikgestaltung und den erwogenen politischen Optionen berücksichtigt werden.

Die Beiträge zu der Konsultation sind wichtig, da alle Sektoren und alle Länder betroffen sein werden. Die Auswirkungen reichen von beispiellosen Waldbränden und Hitzewellen nördlich des Polarkreises bis zu immer verheerenderen Dürren im Mittelmeerraum und von der Beschleunigung der Küstenerosion an der Atlantikküste bis zu immer gravierenderen Überschwemmungen und Waldschäden.

Weitere Informationen: <https://ec.europa.eu/info/law/better-regulation/have-your-say/initiatives/12381-EU-Strategy-on-Adaptation-to-Climate-Change/public-consultation>

■ EU-Politik

Neue Europäische Bürgerinitiativen registriert

Die Europäische Kommission hat am 15.05.2020 beschlossen, zwei Europäische Bürgerinitiativen zu den Themen „Bedingungsloses Grundeinkommen (BGE) in der gesamten EU“ und „Freier Austausch“ zu registrieren. Nach Auffassung der Kommission haben beide Initiativen die erforderlichen Voraussetzungen erfüllt und sind somit rechtlich zulässig. Eine inhaltliche Prüfung der Initiativen hat die Kommission zum derzeitigen Zeitpunkt noch nicht vorgenommen.

Weitere Informationen:

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_20_840

Internationaler Tag gegen Homophobie

Zum Internationalen Tag gegen Homophobie, Transphobie und Biphobie am 17.05.2020 lenkt die Europäische Kommission die Aufmerksamkeit auf die anhaltende Diskriminierung, Angst und Gewalt, denen die lesbische, schwule, bisexuelle, transgender und intersexuelle (LGBTI) Gemeinschaft weltweit ausgesetzt ist.

Die Kommission hat auch einen [Bericht](#) über die Maßnahmen der EU in den letzten vier Jahren vorgelegt. Zu den wichtigsten Fortschritten zählen die Intensivierung des Kampfes gegen Hassreden gegen LGBTI-Personen und der Abbau der Schwierigkeiten bei der Ausübung des Rechts auf Freizügigkeit.

Die EU-Grundrechteagentur hat auch die [Ergebnisse](#) ihrer Umfrage über Hasskriminalität und Diskriminierung von LGBTI-Personen veröffentlicht. Die Umfrage zeigt, dass die LGBTI-Personen zwar offener darüber reden, wer sie sind, aber Angst, Gewalt und Diskriminierung nach wie vor hoch sind.

Weitere Informationen:

https://ec.europa.eu/germany/news/20200515-tag-gegen-homophobie_de

Initiative Innovative Arzneimittel: 117 Mio. Euro für die Entwicklung von Therapie- und Diagnosemöglichkeiten

Die Kommission kündigte am 12.05.2020 an, dass acht groß angelegte Forschungsprojekte, die auf die Entwicklung von Therapie- und Diagnosemöglichkeiten zur Bekämpfung des Coronavirus abzielen, im Zuge einer im Eilverfahren durchgeführten Aufforderung zur Einreichung von Vorschlägen ausgewählt wurden.

Um noch mehr Vorschläge von besonderer Qualität finanzieren zu können, erhöhte die Kommission über das Rahmenprogramm für Forschung und Innovation Horizont 2020 die ursprünglich eingeplanten Mittel von 45 auf 72 Mio. Euro. Weitere 45 Mio. Euro werden von der pharmazeutischen Industrie, assoziierten Partnern der IMI und anderen Organisationen bereitgestellt, die an den Projekten beteiligt sind.

Bei fünf von insgesamt acht Projekten, die im Rahmen der Aufforderung der IMI zur Einreichung von Vorschlägen finanziert werden, liegt der Schwerpunkt auf Diagnostik, bei den restlichen drei Projekten auf Therapie.

Weitere Informationen:

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_20_837

Leitlinien zur humanitären Hilfe für Syrien

Die Europäische Kommission hat am 12.05.2020 ausführliche Leitlinien dazu veröffentlicht, wie weltweit in Ländern und Gebieten, für die EU-Sanktionen gelten, humanitäre Hilfe im Zusammenhang mit der Coronavirus-Krise geleistet werden kann.

Diese Leitlinien zu *Syrien* sind der erste Teil eines umfassenden Informationspakets mit Fragen und Antworten, die praktische Orientierung dazu geben sollen, wie die EU-Sanktionen bei der Erbringung von humanitärer Hilfe im Kampf gegen die Coronavirus-Pandemie, insbesondere von medizinischer Hilfe, eingehalten werden können.

Diese Leitlinien dürften den humanitären Akteuren in Syrien ihre Arbeit erleichtern, da damit die Zuständigkeiten und Verfahren bei der Bereitstellung solcher Hilfe geklärt werden. Ausrüstung und Hilfe zur Bekämpfung der Coronavirus-Pandemie dürften dadurch schneller nach Syrien gelangen.

Die Leitlinien richten sich an alle, die an der Bereitstellung humanitärer Hilfe beteiligt sind, etwa an die für die Umsetzung der EU-Sanktionen zuständigen Behörden der EU-Mitgliedstaaten und an öffentliche und private Akteure (Geber, NRO, Banken und andere an humanitärer Arbeit Beteiligte), die bei den Hilfeleistungen die EU-Sanktionen einhalten müssen.

Weitere Informationen:

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_20_831

Plattform „Fit for Future“ gestartet

Die Europäische Kommission hat am 11.05.2020 die Plattform „Fit for Future“ ins Leben gerufen – eine hochrangige Expertengruppe, die die Kommission dabei unterstützen soll, die geltenden EU-Rechtsvorschriften zu vereinfachen und den Verwaltungsaufwand für Bürger*innen sowie für Unternehmen zu verringern. Angesichts neuer Herausforderungen wie der Digitalisierung soll die Plattform ferner dazu beitragen, die EU-Rechtsvorschriften zukunftsfähig zu gestalten.

Sobald die Plattform ihre Tätigkeit aufnimmt, können eine breitere Öffentlichkeit und Interessenträger zu den Maßnahmen zur Vorschriftenvereinfachung und Verringerung des Verwaltungsaufwands beitragen. Auch Bürger*innen sowie Interessenträger können sich über das Portal Ihre Meinung zählt! zu geltenden Rechtsvorschriften und neu geplanten Maßnahmen der EU äußern.

Die Kommission hat auch eine Aufforderung zur Einreichung von Bewerbungen veröffentlicht, um Sachverständige für die Gruppe der Interessenträger der Plattform. Bewerbungen können bis zum 19.06.2020 eingereicht werden. Die Ausschreibungsunterlagen sind [hier](#) abrufbar.

Weitere Informationen:

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_20_832

Coronavirus-Krise: EU errichtet humanitäre Luftbrücke

Die Europäische Kommission hat eine humanitäre Luftbrücke der EU eingerichtet, um humanitäre Helfer*innen und Soforthilfe zur Bekämpfung des Coronavirus in einige der kritischsten Gebiete weltweit zu transportieren.

Der erste EU-Flug, der in Zusammenarbeit mit Frankreich durchgeführt wird, startet von Lyon und wird etwa 60 humanitäre Helfer*innen verschiedener Nichtregierungsorganisationen (NRO) und 13 Tonnen humanitäre Hilfsgüter befördern. Zwei weitere humanitäre Frachtflüge werden in den kommenden Tagen folgen, um insgesamt weitere 27 Tonnen humanitäre Hilfsgüter zu befördern. Auf ihrem Rückflug werden über diese Luftbrücke außerdem EU-Bürger und andere Fluggäste aus der Zentralafrikanischen Republik zurückbefördert.

Weitere Informationen:

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_20_813

Coronavirus: Beschränkung von nicht unbedingt notwendigen Reisen in die EU

Die Kommission hat am 08.05.2020 die Schengen-Mitgliedstaaten und die assoziierten Schengen-Länder [aufgefordert](#), die vorübergehende Beschränkung von nicht unbedingt notwendigen Reisen in die EU um weitere 30 Tage bis zum 15.06.2020 zu verlängern.

Während einige EU-Mitgliedstaaten und assoziierte Schengen-Länder erste Schritte hin zu einer Lockerung der Maßnahmen zur Bekämpfung der Ausbreitung der Pandemie unternehmen, bleibt die Lage in Europa und weltweit instabil. Daher sollten Maßnahmen an den Außengrenzen fortgesetzt werden, um das Risiko einer weiteren Ausbreitung der Krankheit durch Reisen in die EU zu verringern.

Die Aufhebung von Reisebeschränkungen soll schrittweise erfolgen: Wie im [gemeinsamen europäischen Fahrplan](#) für die Aufhebung der Eindämmungsmaßnahmen betont wird, müssen zunächst die Kontrollen an den Binnengrenzen stufenweise und koordiniert aufgehoben werden, bevor in einem zweiten Schritt die Beschränkungen an den Außengrenzen gelockert werden können.

Eine etwaige weitere Verlängerung der Reisebeschränkung über den 15.06.2020 hinaus ist von der Entwicklung der epidemiologischen Lage abhängig zu machen.

Weitere Informationen:

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_20_823

Coronavirus: Schutzmasken zur Unterstützung des Gesundheitspersonals in der EU

In den kommenden Tagen geht eine Lieferung von 1,5 Mio. Schutzmasken an 17 Mitgliedstaaten und das Vereinigte Königreich, die das Gesundheitspersonal vor dem Coronavirus schützen sollen.

Diese jüngste Lieferung von Schutzmasken ist Teil eines von der Kommission finanzierten Kaufs von 10 Mio. Masken im Rahmen des [Soforthilfeinstruments](#), mit dem die Mitgliedstaaten direkt bei der Abfederung der unmittelbaren akuten Folgen der Pandemie unterstützt und der Bedarf im Zusammenhang mit der Exit- und Aufbaustrategie antizipiert werden sollen.

Weitere Informationen:

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_20_819

EU-Kommission veranstaltet virtuellen Europatag

Der Europatag am 9. Mai, der an die [Schuman-Erklärung](#) des damaligen französischen Außenministers Robert Schuman in Paris am 09.05.1950 erinnert, wird in diesem Jahr digital begangen. Unter dem Motto „Europa lebt Solidarität“ soll über Prioritäten der EU in und nach der COVID-19-Krise diskutiert werden. Auf der [Website](#) des „Erlebnis Europa“ finden vielseitige Aktionen, wie ein Online-Bürgerdialog, Konzerte und ein Online-Quiz statt.

In der Rede vor 70 Jahren stellte Robert Schuman seine Vision einer neuen Art der politischen Zusammenarbeit in Europa vor – eine Zusammenarbeit, die Kriege zwischen den europäischen Nationen unvorstellbar machte. Seine Idee war die Schaffung einer überstaatlichen europäischen Institution zur Verwaltung und Zusammenlegung der Kohle- und Stahlproduktion. Knapp ein Jahr später wurde dies mit der Gründung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl Wirklichkeit. Der Grundstein für die europäische Integration war gelegt.

Weitere Informationen:

https://ec.europa.eu/germany/news/20200507-europatag_de

Westbalkan: EU bekräftigt europäische Perspektive

Auf einem virtuellen Gipfel mit ihren Amtskollegen des westlichen Balkans haben die Staats- und Regierungschefs der EU am 07.05.2020 ihre Unterstützung für die europäische Perspektive des Westbalkans bekräftigt.

Die EU hat die Länder des Westbalkan seit Beginn der Krise als privilegierten Partner behandelt und ein beispielloses Finanzpaket von 3,3 Mrd. Euro mobilisiert, um die Auswirkungen der Pandemie in der Region abzufedern. Die Kommission wird im Laufe dieses Jahres einen Wirtschafts- und Investitionsplan vorlegen, um die langfristige Erholung der Region zu unterstützen.

Weitere Informationen:

https://ec.europa.eu/germany/news/20200507westbalkan_de

Leitfaden zur Anerkennung der beruflichen Qualifikation von Gesundheitspersonal

Wie die Mitgliedstaaten den Mangel an Gesundheitspersonal, der durch die Coronavirus-Krise verursacht wurde, besser bewältigen können, hat die EU-Kommission am 07.05.2020 in einem Leitfaden dargelegt.

Er soll ihnen helfen, berufliche Qualifikationen des Gesundheitspersonals schneller anzuerkennen und er präzisiert die Regeln, unter denen Ärzt*innen und Krankenschwestern, die noch in der Ausbildung sind, ihren Beruf ausüben können.

Der Leitfaden befasst sich mit praktischen Fragen zur Umsetzung der EU-Richtlinie über Berufsqualifikationen, die die Freizügigkeit von Fachkräften, einschließlich Ärzt*innen und Krankenschwestern, innerhalb Europas erleichtern soll. Im Einzelnen wird in dem Leitfaden dargelegt, wie die Mitgliedstaaten die Verfahren zur Erleichterung der gegenseitigen Anerkennung von Qualifikationen im Einklang mit den von der Richtlinie gebotenen Flexibilität beschleunigen können.

Weitere Informationen:

https://ec.europa.eu/germany/news/20200507-berufliche-qualifikation_de

Deutsche Projekte mit europäischem Kulturerbepreis 2020 ausgezeichnet

Unter den diesjährigen Preisträgern des Europäischen Kulturerbepreises, den die Kommission und Europa Nostra, das europäische Kulturerbe-Netzwerk, am 07.05.2020 bekanntgegeben haben, sind zwei herausragende Projekte aus Deutschland: Die Epitaphe der Universitätskirche Leipzig in der Kategorie Konservierung und die Arolsen Archives, ein Internationales Zentrum über NS-Verfolgung mit dem weltweit umfassendsten Archiv zu den Opfern und Überlebenden des Nationalsozialismus, in der Kategorie Bildung, Ausbildung und Bewusstseinsbildung.

Europas höchste Auszeichnung im Bereich des Kulturellen Erbes geht insgesamt an 21 beispielhafte Leistungen aus 15 europäischen Ländern.

Weitere Informationen:

https://ec.europa.eu/germany/news/20200507-epitaphien-der-universitaetskirche-leipzig-und-das-forschungszentrum-arolsen-archives_de

Frühjahrsprognose 2020: Tiefe und ungleichmäßige Rezession, ungewisse Erholung

Die Coronavirus-Pandemie ist für die Volkswirtschaften der EU und weltweit ein großer Schock und hat sehr schwerwiegende sozioökonomische Folgen. Sowohl die EU als auch die Mitgliedstaaten haben rasch und umfassend reagiert; nichtsdestotrotz wird die EU-Wirtschaft dieses Jahr eine Rezession historischen Ausmaßes erleben.

In der Frühjahrsprognose 2020 wird davon ausgegangen, dass die Wirtschaft des Euro-Währungsgebiets im Jahr 2020 um 7¼ %, und damit stärker als je zuvor, schrumpfen und 2021 um 6¼ % wachsen wird. Die EU-Wirtschaft dürfte 2020 um 7½% kontrahieren und 2021 um 6 % wachsen. Die Wachstumsprojektionen für die EU und den Euroraum wurden gegenüber der [Herbstprognose 2019](#) um rund neun Prozentpunkte nach unten korrigiert.

Weitere Informationen:

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_20_799

Beitrag von Migrant*innen zur wirtschaftlichen Erholung nach der Coronakrise

EU-Innenkommissarin Ylva Johansson will sich enger mit Gewerkschaften, Arbeitgeberverbänden und der Zivilgesellschaft über die Rolle von Migrant*innen bei der wirtschaftlichen Erholung von der Coronavirus-Pandemie austauschen. Dazu fand am 06.05.2020 ein erstes Treffen statt, in den kommenden Wochen soll die Zusammenarbeit weiter verstärkt werden.

Migrant*innen und Flüchtlinge leisten wichtige Beiträge zur Bekämpfung des Coronavirus in Europa und weltweit. Viele Helfer*innen im Gesundheits- und Pflegebereich, Mitarbeiter*innen von Supermärkten und in der Landwirtschaft sind außerhalb der EU geboren. Diese wichtigen Arbeitskräfte werden auch an der wirtschaftlichen Erholungsphase beteiligt sein. Nach der Corona-Krise wird ihr Beitrag zum Wiederaufbau der Wirtschaft auch den Zusammenhalt unserer Gemeinschaften stärken.

Weitere Informationen:

https://ec.europa.eu/germany/news/20200506-kommission-und-sozialpartner-sprechen-ueber-beitrag-von-migranten-zur-wirtschaftlichen-erholung_de

22 Schulen mit dem Jan-Amos-Comenius-Preis ausgezeichnet

Passend zum Europatag verlieh die Europäische Kommission am 05.05.2020 den *Jan-Amos-Comenius-Preis für hervorragenden Unterricht über die Europäische Union*. Das Preisgeld beträgt jeweils 8000 Euro und jeder Schule wird eine Trophäe verliehen.

Ausgezeichnet werden 22 Sekundarschulen aus ganz Europa, die auf kreative Weise Wissen über die Europäische Union vermitteln. Der Preis verdeutlicht, wie wichtig es ist, Wissen über die EU in inspirierender Weise zu vermitteln und zu erwerben.

Weitere Informationen:

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_20_816

Coronavirus: 7,4 Mrd. Euro für universellen Zugang zu Impfstoffen mobilisiert

Am 04.05.2020 hat die Kommission im Rahmen der Geberveranstaltung der globalen Coronavirus-Krisenreaktion Zusagen in Höhe von 7,4 Mrd. Euro aus der ganzen Welt verzeichnet. Dazu zählt auch eine Zusage der Kommission über 1,4 Mrd. Euro. Die Summe erreicht fast das ursprüngliche Ziel von 7,5 Mrd. Euro und bildet einen soliden Ausgangspunkt für den heute beginnenden weltweiten Spendenmarathon. Ziel ist es, umfangreiche Mittel für die gemeinsame Entwicklung und den universellen Einsatz von Diagnostika, Behandlungen und Impfstoffen gegen COVID-19 zu beschaffen.

Weitere Informationen:

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_20_797

Kommission startet neue Online-Plattform für Kreativbranche

Die Kommission startet am 05.05.2020 die neue Plattform „Creatives Unite“ für den Austausch von Beschäftigten im Kultur- und Kreativbereich.

Creatives Unite wird eine zentrale Anlaufstelle für alle sein, die Informationen über Initiativen zur Krisenreaktion des Kultur- und Kreativsektors suchen. Die Plattform wird ihnen helfen, die Vielzahl von Ressourcen zu sortieren, wird Weblinks zu relevanten Netzwerken und Organisationen bereitstellen und bei der gemeinsamen Erstellung und dem Hochladen von Beiträgen zu Lösungsfindungen unterstützen.

Weitere Informationen:

https://ec.europa.eu/germany/news/20200505-plattform-kreativbranche_de

EUvsVirus Hackathon

Fast 21 000 Teilnehmende aus der gesamten EU und darüber hinaus haben am letzten Wochenende am #EUvsVirus-Hackathon teilgenommen, der vom Europäischen Innovationsrat organisiert wurde.

Gesucht wurden Ideen, wie Europas Erholung von der Coronavirus-Pandemie unterstützt werden kann.

Von Teilnehmenden aus Deutschland (389), Italien (320) und Spanien (315) wurden die meisten Lösungsvorschläge eingereicht. 117 Vorschläge zum Kampf gegen die Pandemie wurden am 30.04.2020 ausgewählt. Sie reichen von einem virtuellen Klassenzimmer, einer Plattform für Lieferketten medizinischer Produkte bis zu einem Patienten-Monitoring-System, das den physischen Kontakt zwischen Pfleger*innen und Patient*innen minimieren soll.

In den nächsten zwei Wochen werden der Finanzierungs- und Ressourcenbedarf der Gewinnerteams für die Entwicklung und Skalierung ihrer Ideen sowie die Finanzmittel und Ressourcen der Partner zusammengetragen. Vom 22. bis 25.05.2020 findet ein „Matchathon“ statt, um den Bedarf mit den verfügbaren Ressourcen abzugleichen.

Weitere Informationen:

https://ec.europa.eu/germany/news/20200430-euvsvirus-hackathon_de

10 Jahre Charta der Vielfalt

Seit zehn Jahren treiben europäische Unternehmen, die sich in der Charta der Vielfalt zusammengeschlossen haben, Anerkennung und Förderung der Vielfältigkeit in Europa voran. Mit über 12 000 Unterzeichnenden, die mehr als 16 Mio. Arbeitnehmer*innen aus der gesamten EU vertreten, hat die Plattform greifbare Ergebnisse gebracht, wie etwa die Einführung flexibler Arbeitszeitregelungen, die eine bessere Vereinbarkeit von Berufs- und Privatleben ermöglichen, oder die verstärkte Einstellung von Menschen mit Behinderungen. In Deutschland beteiligen sich 3 500 Unternehmen an dem Netzwerk.

Seit dem Ausbruch des Coronavirus haben die Unternehmen der Charta einen beispielhaften Solidaritätsgeist bei der Unterstützung der von der Krise Betroffenen bewiesen. Zum Beispiel in Italien durch die Spende von Schutzkleidung an lokale Krankenhäuser, in Polen durch die Spende von Möbeln und Ausrüstung wie Matratzen, Decken und Handtüchern an Obdachlosenheime, in Lettland durch die Unterstützung bei der Entwicklung einer „Stay Home“-Kommunikationsplattform oder in Tschechien durch technische Unterstützung von Hilfsangeboten gegen häusliche Gewalt.

Weitere Informationen:

https://ec.europa.eu/germany/news/20200429-charta-der-vielfalt_de

Kommission genehmigt Rahmenregelung Deutschlands in Bezug auf coronavirusrelevante Produkte

Die Europäische Kommission hat eine Rahmenregelung genehmigt, mit der Deutschland die Erforschung, Entwicklung, Erprobung und Herstellung von Produkten unterstützen will, die zur Bewältigung des COVID-19-Ausbruchs benötigt werden. Die Genehmigung erfolgte auf der Grundlage des am 19.03.2020 von der Kommission erlassenen [Befristeten Rahmens](#) in der [am 3. April 2020 geänderten Fassung](#).

Weitere Informationen:

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_20_774

Coronakrise: EU-Leitlinien für eine sichere Rückkehr an den Arbeitsplatz

Wie kann die Gesundheit und Sicherheit der Arbeitnehmer*innen bei der Rückkehr an den Arbeitsplatz gewährleistet werden? Diese wichtige Frage bewegt derzeit viele Arbeitgeber*innen, da die EU-Länder nun eine schrittweise Rückkehr an den Arbeitsplatz planen bzw. durchführen. Zur Beantwortung dieser Frage veröffentlicht die Europäische Agentur für Sicherheit und Gesundheitsschutz am Arbeitsplatz (EU-OSHA) am 24.04.2020 Leitlinien für eine sichere Rückkehr an den Arbeitsplatz.

Der Kommission ist es äußerst wichtig, dass die Arbeitnehmer*innen in einem sicheren und gesunden Umfeld an den Arbeitsplatz zurückkehren können. Daher stellen die veröffentlichten Leitlinien einen entscheidenden Beitrag der EU in dieser wichtigen Phase dar.

Weitere Informationen:

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_20_729

Verordnung über Medizinprodukte

Die Europäische Kommission begrüßt, dass das Europäische Parlament und der Rat den Vorschlag zur Verschiebung des Geltungsbeginns der [Verordnung über Medizinprodukte](#) um ein Jahr angenommen haben. Dies wird es allen wichtigen Akteuren – Mitgliedstaaten, Gesundheitseinrichtungen und Wirtschaftsbeteiligten – ermöglichen, der Bekämpfung der derzeitigen Coronavirus-Pandemie Vorrang einzuräumen.

Die angenommene Änderung trägt der Notwendigkeit Rechnung, die Verfügbarkeit lebenswichtiger Medizinprodukte in der gesamten EU zu verbessern, und gewährleistet weiterhin den Schutz der Gesundheit und Sicherheit der Patientinnen und Patienten bis zum Geltungsbeginn des neuen Rechtsakts.

Weitere Informationen:

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_20_718

Pilotprojekt zur Entwicklung von Kompetenzen und Bildung in Europa

Der Europäische Investitionsfonds (EIF) und die Europäische Kommission führen eine neue Pilot-Bürgschaftsfazilität ein, um Einzelpersonen und Organisationen, die in Kompetenzen und Bildung investieren möchten, den Zugang zu Finanzmitteln zu erleichtern. Mit dem mit 50 Mio. Euro dotierten Pilotprojekt sollen Studierende und Lernende, Unternehmen, die in die Weiterqualifizierung ihrer Beschäftigten investieren, sowie Einrichtungen der allgemeinen und beruflichen Bildung finanziell unterstützt werden.

In seiner ersten Phase wird die Pilotbürgschaft für Kompetenzen und Bildung („S&E Pilot“) eine EU-Bürgschaft in Höhe von bis zu 50 Mio. Euro bereitstellen, die durch den Europäischen Fonds für strategische Investitionen (EFISI) garantiert wird, um Fremdfinanzierungen in Höhe von mehr als 200 Mio. Euro für Projekte in den Bereichen Kompetenzen und Bildung zu mobilisieren. Interessierte Finanzinstitute oder Anbieter*innen der allgemeinen und beruflichen Bildung können sich als Finanzintermediäre bewerben und sich im Rahmen der vom EIF veröffentlichten offenen [Aufforderung zur Interessenbekundung](#) an dem Projekt beteiligen.

Die Initiative soll 2020 erprobt und anschließend als allgemeines europäisches Finanzierungsinstrument in den nächsten mehrjährigen Finanzrahmen der EU (2021-2027) aufgenommen werden.

Weitere Informationen:

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_20_694

EU unterstützt Mitgliedstaaten bei Auswirkungen der Pandemie auf den Sportsektor

Die Kommission unterstützt die EU-Mitgliedstaaten bei der Bewältigung der erheblichen Auswirkungen der Coronavirus-Pandemie auf den Sportsektor. Bei einer Videokonferenz am 21.04.2020 tauschten die EU-Sportminister*innen Informationen über ihre Maßnahmen aus, um Athlet*innen, Vereinen, Sportverbänden und -organisationen zu helfen, Arbeitsplätze in diesem Sektor zu unterstützen und die körperliche Aktivität unter den derzeitigen außergewöhnlichen Umständen zu fördern.

Die Kommission erläuterte ihre Instrumente und Ressourcen zur Unterstützung und forderte die Mitgliedstaaten auf, diese für den Sportsektor einzusetzen. Dazu gehören die Corona Crisis Investment Initiative (CRII), die Unterstützung zur Eindämmung von Arbeitslosigkeitsrisiken in Notfällen (SURE) und der Vorübergehende Rahmen für staatliche Beihilfen.

Weitere Informationen:

https://ec.europa.eu/germany/news/20200422-sportsektor_de

Globaler Bericht über Ernährungskrisen

Am 21.04.2020 hat ein internationales Bündnis von UN-Organisationen, Regierungsstellen und Nichtregierungsorganisationen, die sich für die Bekämpfung der Ursachen von extremem Hunger einsetzen, eine neue Ausgabe ihres jährlichen globalen Berichts über Ernährungskrisen veröffentlicht.

Der Bericht des Global Network Against Food Crises (Globales Netzwerk gegen Ernährungskrisen) sowie die wichtigsten Erkenntnisse des Berichts, Erklärungen von Partnern und Multimediaprodukte, die den Inhalt des Berichts erschließen, sind jetzt abrufbar unter:

- Website des Globalen Netzwerks: <http://www.fightfoodcrises.net/food-crisis-and-covid-19/en/>,
- Plattform des Informationsnetzes für Ernährungssicherheit (FSIN): www.fsinplatform.org.

Weitere Informationen:

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_20_714

Migrant*innen auf griechischen Inseln

Am 17.04.2020 wurden rund 50 unbegleitete Minderjährige von den griechischen Inseln nach Deutschland gebracht. Die Umsiedlung erfolgt im Rahmen eines Programms, das die EU-Kommission und die griechischen Behörden mit Unterstützung des Flüchtlingskommissariats der Vereinten Nationen (UNHCR), der Internationalen Organisation für Migration (IOM) und des Europäischen Unterstützungsbüros für Asylfragen (EASO) organisiert haben.

Dies geschehe auf Basis des Aktionsplans, den die Kommission in Reaktion auf die Coronavirus-Pandemie zusammen mit der griechischen Regierung und UN-Agenturen erarbeitet hatte.

Bislang haben die Mitgliedstaaten 1600 Plätze zugesagt. Die Initiative richtet sich in erster Linie an unbegleitete Minderjährige, kann aber auch Kinder mit ihren Familien mit besonderen Bedürfnissen einschließen. Bislang nehmen folgende zehn Mitgliedstaaten an der Initiative teil: Belgien, Bulgarien, Frankreich, Kroatien, Finnland, Deutschland, Irland, Portugal, Luxemburg und Litauen sowie die Schweiz.

Weitere Informationen:

https://ec.europa.eu/germany/news/20200417-deutschland-minderjaehrige-griechenland_de

Coronavirus: Leitlinien zur Umsetzung der EU-Vorschriften für Asyl, Rückkehrverfahren und Neuansiedlung

Die Kommission hat am 16.04.2020 Leitlinien für die Umsetzung einschlägiger EU-Vorschriften über Asyl, Rückführungsverfahren und Neuansiedlung im Kontext der Corona-Pandemie angenommen, die sie den Mitgliedstaaten vorlegen wird. Damit entspricht sie einem Ersuchen der Mitgliedstaaten um Orientierungshilfe hinsichtlich der Möglichkeiten, mit denen die Kontinuität der Verfahren und zumindest die Achtung der Grundrechte gewährleistet werden kann.

Die Leitlinien wurden mit der Unterstützung des Europäischen Unterstützungsbüros für Asylfragen (EASO) und der Europäischen Agentur für die Grenz- und Küstenwache (Frontex) sowie in Zusammenarbeit mit den nationalen Behörden erstellt.

Weitere Informationen:

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_20_666

Europäische Union bleibt auch 2019 weltweit größter Geber öffentlicher Entwicklungshilfe

Nach den vorläufigen Zahlen, die am 16.04.2020 vom Ausschuss für Entwicklungshilfe der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD/DAC) veröffentlicht wurden, belief sich das Gesamtvolumen der öffentlichen Entwicklungshilfe (ODA) der Europäischen Union und ihrer Mitgliedstaaten im Jahr 2019 auf 75,2 Mrd. Euro, was 55 % der weltweiten Hilfe entspricht.

Das Gesamtvolumen der von der EU und ihren Mitgliedstaaten geleisteten Hilfe betrug 0,46 % des Bruttonationaleinkommens (BNE) der EU. Damit lag es knapp unter den 0,47 % des Jahres 2018, jedoch nach wie vor deutlich über dem Durchschnitt von 21 % der im DAC vertretenen Nicht-EU-Mitglieder.

Im Jahr 2019 erfüllten folgende EU-Mitgliedstaaten ihre ODA-Verpflichtung, 0,7 % oder mehr ihres BNE für ODA bereitzustellen: Luxemburg, Schweden, Dänemark und das Vereinigte Königreich.

Über die öffentliche Entwicklungshilfe hinaus unterstützt die EU die Partnerländer dabei, die verschiedenen verfügbaren Finanzierungsquellen, die zur Umsetzung der Ziele für nachhaltige Entwicklung bereitstehen, bestmöglich zu nutzen. Die EU hat maßgeblich dazu beigetragen, Hilfe, Investitionen, Handel, Mobilisierung inländischer Ressourcen und politische Maßnahmen zu bündeln, sodass das Potenzial aller Finanzströme voll ausgeschöpft werden kann.

Weitere Informationen:

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_20_674

Coronavirus: Datenschutzstandards von Mobil-Apps

Die Europäische Kommission hat am 16.04.2020 [Leitlinien](#) zum Datenschutz im Zusammenhang mit der Entwicklung neuer Apps zur Unterstützung der Bekämpfung des Coronavirus veröffentlicht.

Die Entwicklung solcher Apps und ihre Nutzung können einen erheblichen Beitrag zur Eindämmung des Virus leisten und somit, in Ergänzung zu anderen Maßnahmen wie der Erhöhung der Testkapazitäten, eine wichtige Rolle im Hinblick auf die Strategie zur Lockerung der Ausgangsbeschränkungen spielen.

Es muss jedoch sichergestellt werden, dass die Bürger*innen der EU solchen innovativen digitalen Lösungen uneingeschränkt vertrauen und sie ohne Bedenken verwenden können. Das Potenzial von Apps zur Kontaktnachverfolgung kann nur dann voll ausgeschöpft werden, wenn sie von einem Großteil der Bürger*innen genutzt werden.

Weitere Informationen:

https://ec.europa.eu/commission/presscorner/detail/de/ip_20_669

■ Veranstaltungen

EuroPeer Online TrainingÜberschrift

Die Agentur „Jugend für Europa“ bietet einen Ausbildungskurs für junge Menschen an, die an Projekten von Erasmus+: JUGEND IN AKTION oder an Projekten des Europäischen Solidaritätskorps teilgenommen haben und ihre europäischen Erfahrungen mit Gleichaltrigen teilen möchten.

Erstmalig ist es nun möglich, ein EuroPeer-Training online vom 05.-26.06.2020 zu absolvieren.

Beim ersten EuroPeers-Online-Training kann die Agentur eine maximale Anzahl von 20 Teilnehmenden aufnehmen. Das Training ist deutschsprachig. Eine Anmeldung muss bis zum 28.05.2020 erfolgen.

EuroPeers sind junge Menschen, die mit dem EU-Programm Erasmus+ JUGEND IN AKTION oder dem Europäischen Solidaritätskorps aktiv waren und ihre Erfahrungen an andere Jugendliche weitergeben möchten. Sie gehen in Schulen, Jugendclubs oder Fußgängerzonen, um Jugendlichen von ihren Erfahrungen mit Europa zu erzählen. Sie informieren über das Programm Erasmus+ JUGEND IN AKTION, das Europäische Solidaritätskorps sowie über andere Mobilitätsprogramme und gestalten Workshops, Schulstunden oder Ausstellungen zum Thema Europa.

Weitere Informationen:

<https://www.jugendfuereuropa.de/veranstaltungen/europeer-online-training/>